

Staaten in ihrem Bestand gefährdet, Gesellschaften in Gewaltstrudel gerissen und Regionen extrem instabil werden. Für eine gegenüber dieser neuen internationalen Herausforderung angemessenen Vorgehensweise sei dringend erforderlich – und hier schließen sich die wissenschaftlichen Herausgeber dem im Jahrbuch geäußerten Plädoyer eines Politikers an – „grundlegend darüber zu diskutieren, was Deutschland in einer entgrenzten Welt zum Aufbau prekärer Staaten konzeptionell und materiell beitragen kann und will.“ (421f) Eine äußerst solide, sehr breite und tief fundierte Grundlage ist mit diesem Jahrbuch dafür geschaffen worden.

*Hans Wassmund*

## Europäische Integration

*Sarrazin, Thilo. Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschedenken in die Krise geführt hat.*  
München. Deutsche Verlags-Anstalt 2012. 462 Seiten. 22,99 €.

Wer hätte das für möglich gehalten: Im Jahr 2012 finden wir ein Buch auf den vorderen Rängen der Bestsellerlisten, das vollgestopft ist mit Statistiken zu Leistungsbilanzen, Zinssätzen, Verschuldungsgraden und Target-2-Salden. Es handelt sich um das neue Buch von *Thilo Sarrazin*, dessen Titel in die Irre führt. Ein Plädoyer für die Auflösung des Euro sucht man darin jedenfalls vergeblich.

Der Band ist in acht Kapitel untergliedert. Kapitel eins behandelt die Vorgeschichte des Euro. Wichtiger aber ist, dass der Autor diese Betrachtung nutzt, um seine wirtschafts-, finanz- und geldtheoretischen Prämissen offenzulegen,

die sich mit der Deutung von Inflation als primär monetärem Phänomen und der Befürwortung eines engen fiskalischen Handlungsrahmens umschreiben lassen. Kapitel zwei diskutiert die institutionellen Veränderungen, die mit der Delegation der Geldpolitik an die Europäische Zentralbank einhergingen, wobei insbesondere die im Maastrichter Vertrag verankerte „No-Bail-Out“-Klausel breiten Raum einnimmt. Im Zentrum des Kapitels drei steht die Analyse der ökonomischen Bilanz des Euro. Demzufolge hatte der Euro für die Nordländer gewisse Vorteile, die aber nicht überschätzt werden sollten. Auf die Wettbewerbsposition der Südländer wirkte der Euro hingegen destruktiv.

In den Kapiteln vier und fünf erfolgt die Auseinandersetzung mit der Eurorettung. Die mit der Installation der Rettungsschirme und den Anleihekäufen durch die EZB erfolgten Verstöße gegen das „No-Bail-Out“-Prinzip interpretiert *Sarrazin* als die „Sündenfälle“ der Rettungspolitik. Diese De-facto-Transfers, so der Autor, vermögen die Ursachen der Krise nicht zu beseitigen, die im Kern eine Wettbewerbskrise ist, und setzen zugleich Fehlanreize gegen solide Finanzpolitik. Folglich spricht sich *Sarrazin* für die Ermöglichung staatlicher Insolvenzen aus, ohne dass die betroffenen Länder den Euro anschließend zwingend verlassen müssten. Allerdings erschwere der Verbleib im Euro die wirtschaftliche Anpassung der Südländer. Keine Alternative sieht *Sarrazin* nach Lage der Dinge aber zur gemeinsam getragenen Abschirmung der systemrelevanten Banken der Krisenländer. Eurobonds wiederum seien nur denkbar, würden sich die schwächeren Länder künftig einer „Finanzdiktatur“ (202) unter deut-

scher Führung unterwerfen, was zwar ökonomisch konsequent, aber weder wünschenswert noch langfristig durchführbar sei. Wünschenswert sei eine solche Mixtur aus Transfers und autokratischen Vorgaben allenfalls aus Perspektive der „Verwertungsinteressen des Finanzkapitals“ (202), dessen Forderungen sich leider großer Zustimmung der „Europa-Idealisten“ erfreuten (362). In Schutz nimmt *Sarrazin* die EZB: Eine noch so kühne Geldpolitik könne die für die Funktionsfähigkeit des Euro notwendige Konvergenz der Teilnehmerländer weder erzwingen, noch ersetzen. Allerdings habe die EZB die Verwerfungen im Euroraum wegen ihrer Fixierung auf Durchschnittswerte zu spät erkannt und unzureichend kommuniziert.

Kapitel sechs behandelt Ursachen und Verlauf der Finanzkrise, die die Eurokrise auslöste. Als entscheidende Krisenursache wertet der Autor die zu weit gegangene Deregulierung des Finanzwesens. Kapitel sieben widmet sich den Haushaltskrisen unterschiedlicher Länder und den Chancen, sich aus diesen zu befreien. Deutsche Austeritätspolitik, so warnt *Sarrazin* interessanterweise, drohe die Wettbewerbskrisen der Südländer zusätzlich zu verschärfen. Kapitel acht schließt den Band mit einem Plädoyer für ein Europa auf dem Integrationsniveau unterhalb des Bundesstaats. Leider kommt *Sarrazin* im Schlusskapitel nicht mehr auf seine auf Seite 22 gestellte Frage zurück, ob die weltweite wirtschaftliche Integration zu weit gegangen ist und die ökonomischen Verhältnisse dauerhaft unbeherrschbar macht.

Bemerkenswert ist, dass die Politikempfehlungen zur Neuordnung der Finanzsysteme eindeutiger ausfallen als die Ratschläge zur Zukunft der Währungs-

union. *Sarrazin* spricht sich für die Einführung von Trennbanksystemen aus (270) und mahnt an, „wilde Geschäftsmodelle“ (269) der Banken durch die Erhöhung vorgeschrifter Eigenkapitalquoten auf bis zu 30% unrentabel zu machen; diese Reformen seien gegen den Widerstand der Bankenlobby durchzusetzen. In Bezug auf den Euro finden wir hingegen eine ambivalente Positionierung. Dass man den Euro angesichts der Heterogenität im Euroraum nicht hätte einführen dürfen, ist eines. Etwas anderes aber ist die Frage, ob man ihn deshalb heute wieder abschaffen sollte. *Sarrazin* befürchtet in diesem Fall zwar keine ökonomischen Verwerfungen, aber eine Auftrennung der Nahtstelle zwischen Frankreich und Deutschland (387), die nicht leichtfertig riskiert werden dürfe. In dieser Hinsicht ist „Europa braucht den Euro nicht“ also keineswegs ein radikales Buch. Ökonomen wie Ohr oder Starbatty, aber auch Politikwissenschaftler wie Sharpf oder Nölke haben sich hier eindeutiger positioniert. Allerdings verdeutlicht *Sarrazin* auch, dass die Errichtung der bereits erwähnten „Finanzdiktatur“ ein zu hoher Preis für den Erhalt des Euro wäre. „Der finanzielle Zwangsverband zwischen Ungleichen“, so einer der Kernsätze des Bands, „und die dazu nötige Disziplin des Schwächeren fördern die Völkerfreundschaft nicht, sie bewirken das Gegenteil“ (347). Müsste man dann nicht konsequenterweise dafür plädieren, den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit der Wechselkursanpassung zurückzugeben?

Seine stärksten Momente hat der Band mitunter an unerwarteten Stellen, so beispielsweise dort, wo der Autor seine finanzpolitische Argumentation auf seine persönlichen Erfahrungen als Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium

stützt. Im Jahr 1981 sah sich die sozial-liberale Koalition zu Konsolidierungen im Sozialbereich gezwungen und *Sarrazin* war Autor einer Streichliste, die dann der SPD-Bundestagsfraktion nahegebracht werden sollte: „Helmut Schmidt erläuterte die Notwendigkeit der scharfen Einschnitte. Herbert Wehner brüllte als Fraktionsvorsitzender den aufkommenden Widerspruch zusammen“ (55). Auch wenn *Sarrazin* den Leserinnen und Lesern Einblicke in die Diskussionsverläufe im Bundesbank-Vorstand zur Zeit des Ausbruchs der Finanzkrise gewährt, wird es spannend. Ob hier Grenzen der Diskretion überschritten werden, muss der Rezensent nicht beurteilen.

Man mag die theoretischen Prämissen des Autors nicht teilen und wird in „Europa braucht den Euro nicht“ zahlreiche Detaileinschätzungen finden, an denen sich mit Kritik ansetzen ließe. An der einen oder anderen Stelle würde man sich mehr Empathie mit den Schicksalen der Krisenländer wünschen, eine durchgehend inlandszentrierte, „deutschtümelnde“ Perspektive kann man dem Buch aber nicht vorwerfen. Das Problem des Bands ist anders gelagert. *Sarrazin* legt eine stimmige Analyse der währungspolitischen Institutionen auf europäischer Ebene vor, unterhalb dessen aber – auf mitgliedstaatlicher Ebene – stoßen wir direkt auf die Welt der „Mentalitäten der Völker“ (287), auf unterschiedlich ausgeprägten „Gewerbefleiß“ und divergierende Grade an „Innovationsfreude“ (291), auf die von Land zu Land verschiedene „intrinsische Neigung [der] Gesellschaften zum soliden Wirtschaften“ (322). Eine vergleichende politökonomische Institutionenanalyse und die Aufarbeitung der Literatur über die institutionellen Grundlagen

der europäischen Produktionsregime hätten die Sache vorangebracht. Damit aber keine Missverständnisse entstehen: Genetische Deutungen sozialer Sachverhalte wie im unseligen „Deutschland schafft sich ab“ gibt es in *Sarrazins* Euro-Buch nicht. Und der systematische Blick auf die divergierenden politökonomischen Institutionen, insbesondere auf die heterogenen Modi der Lohnfindung, hätte *Sarrazins* Skepsis gegenüber der Erzwingbarkeit von Konvergenz mit zusätzlichen Argumenten unterfüttert, statt sie aus den Angeln zu heben.

So bleibt unter dem Strich ein streitbares, brauchbares und eminent lesbares Buch, das von der Berücksichtigung politikwissenschaftlicher Einsichten deutlich profitiert hätte. Vor allem aber trägt die öffentliche Diskussion des Bands hoffentlich zur dringend notwendigen Enttabuisierung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Euro bei. Zu diesem Problem bieten die Vorgänge um den rezensierten Band erschreckendes Anschauungsmaterial. Als der Autor von der ARD zu einer Diskussion seines Buchs geladen wurde, äußerte die Grünen-Politikerin Künast, die Beschäftigung mit *Sarrazins* Thesen passe nicht zum Bildungsauftrag öffentlich-rechtlicher Sender (General-Anzeiger vom 23.5.2012, Seite 10). Gegen die Illiberalität, von der solche Interventionen getragen sind, muss *Sarrazin* verteidigt werden. Und die Politikwissenschaft sollte ein Buch wie „Europa braucht den Euro nicht“ zum Anlass nehmen, eigene Einsichten in die Ursachen, Dynamiken und Folgen der Euro-Krise mutiger in die Öffentlichkeit zu tragen als in der Vergangenheit.

Martin Höpner